

Torsten Jäger, Interkultureller Rat:

Erfahrungsbericht 2010 des Bundesweiten Clearingprojekts: Zusammenleben mit Muslimen“

Redemanuskript für die Tagung „Gleichberechtigung statt Ausgrenzung“ am 2. Dezember 2010 in Frankfurt am Main

- Es gilt das gesprochene Wort -

Seit Anfang dieses Jahrhunderts ergeben repräsentative Einstellungsbefragungen (z.B. die Langzeituntersuchungen der Universität Leipzig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld) ein einheitliches Bild:

Für ausländerfeindliche, antisemitische oder homophobe Aussagen sowie für Positionen, mit denen die Etabliertenvorrechte gerechtfertigt werden oder die das Führerprinzip des Dritten Reichs und andere antidemokratische Prinzipien befürworten, erreicht man mehr oder weniger konstant Zustimmungsqoten von maximal 20 Prozent. Bei vielen der so Antwortenden verweben sich die verschiedenen menschen- oder demokratiefeindlichen und chauvinistischen Einstellungen zu einem geschlossen rechtsextremen Weltbild.

Immer gibt es in diesen Befragungen einen signifikanten „Ausreißer“. Auf antimuslimische Einstellungen und Aussagen reagieren regelmäßig etwa 60 % der Befragten zustimmend oder eher zustimmend. Zuletzt hat die Studie der Universität Leipzig im Auftrag der FES („Die Mitte in der Krise“) ergeben, dass mehr als 58 Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Auffassung teilt, das Recht auf freie Religionsausübung für Muslime solle erheblich eingeschränkt werden. Und über 55 Prozent der Befragten können es gut verstehen, dass „Araber manchen Leuten unangenehm sind.“

Bei der Differenz zwischen den genannten 20 Prozent, die multiple menschenfeindliche Einstellungen teilen und den 60 Prozent, deren Ablehnung sich explizit und exklusiv auf Muslime bezieht, handelt es sich gewiss nicht um Menschen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild. Ich nenne sie im folgenden die „40-Prozent-Gruppe“ Ihrer Ablehnung bzw. Skepsis liegen andere Motive zugrunde.

Die Ursachen für diese nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Staaten Europas und den USA verbreitete ablehnende Haltung gegenüber Muslimen sind vielfältig. Wir haben im Rahmen des Clearingprojekts schon im Jahr 2008 im Rahmen einer Veröffentlichung „Das Islambild verändern“ einige Mosaiksteine zusammen getragen. Ich will sie stichwortartig benennen:

- Historische Belastungen;
- Konkurrierende Wahrheitsansprüche der Religionen;
- Befürchtungen hinsichtlich der inneren Sicherheit;
- Ängste um die kulturelle Identität dieser Gesellschaft;
- Angst um gesellschaftliche Privilegien;
- Sorge um die Wahrung emanzipatorischer Freiheitsrechte

Unabhängig von den Ursachen, über die diskutiert und gestritten werden muss, erklärend die hohen Zustimmungsqoten zu antimuslimischen Positionen, warum Muslime in den letzten Jahren stärker als andere Bevölkerungsgruppen gesellschaftliche Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen machen mussten. Schlaglichter:

- Das Clearingprojekt hat sich im letzten Jahr insbesondere mit den gesellschaftlichen Diskriminierungserfahrungen junger muslimischer Frauen auseinandergesetzt, die trotz hoher Leistungsbereitschaft und Bildungsnähe im Bildungssystem und auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gegenüber andren Bewerberinnen vielfach benachteiligt werden. Hierauf werde ich später noch einmal eingehen.
- Frauen und Männer, die z.B. aufgrund ihrer Bekleidung oder ihres Bartwuchses von Dritten der „Kategorie“ Muslim/Muslima zugeordnet werden, erfahren bestenfalls, dass sich in öffentlichen Verkehrsmitteln kaum jemand neben sie setzt . Aber auch herablassendes und ablehnendes Verhalten, Pöbeleien, Beleidigungen und Beschimpfungen in der Öffentlichkeit sind keine Seltenheit. Nach einer vom Bundesinnenministerium im Dezember 2007 veröffentlichten Studie gab knapp die Hälfte der befragten Muslime an, dass sie auf gesellschaftliche Vorurteile stoßen und sich von den Deutschen eher abgelehnt fühlen – übrigens unabhängig davon, ob sie sich tatsächlich im engeren Sinne als religiös verstehen und sich religiös betätigen. Eine von der EU-Grundrechtsagentur durchgeführte Befragung in mehreren EU-Staaten (einschließlich Deutschlands) ergab ein ähnliches Bild. Laut der im Sommer 2009 veröffentlichten Studie hatte etwa ein Drittel der befragten Muslime in den vergangenen 12 Monaten Diskriminierungen erlebt.
- Insgesamt viermal im letzten halben Jahr, zuletzt Mitte November, wurde Berlins größte Moschee, die Sehittik-Moschee am Columbiadamm, Ziel eines Brandanschlages. Am 27. November gab es in Berlin einen weiteren Brandanschlag, diesmal auf die Al-Nur-Moschee in Neukölln.

Die erwähnte 40-Prozent-Gruppe stellt vor allem aber einen „Markt“ da, um den zur Zeit in den Medien und in der Politik mit harten Bandagen und gnadenlos gekämpft wird:

- Ihnen werden mit großem Erfolg Bücher wie „Deutschland schafft sich ab“ und Schlagzeilen in der Boulevardpresse angeboten;
- Sie werden mit Talkshows bedient, die danach fragen, wie viel Islam „wir“ vertragen;
- Um sie werben Bundeskanzlerin Merkel, wenn sie behauptet, dass „Multikulti“ tot ist und der CSU-Vorsitzende Seehofer, wenn er einen Einwanderungsstopp aus dem türkisch-arabischen Raum fordert;
- Sie werden von offen islamfeindlichen Blogs im Internet adressiert, in denen immer wieder zu Hass und Gewalt aufgerufen wird;
- Um sie werben rechtsextreme Parteien und Bewegungen, wenn sie auf Plakaten den Reichstag statt mit der Kuppel mit Minaretten darstellen und titeln: Berlin 2030 – Das geht schneller als Sie denken.

Fazit und Ausgangslage für das Clearingprojekt

Wer daran interessiert ist, einen Beitrag zum Gelingen des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen zu leisten, der muss sich mit guter, anschlussfähiger und sachlicher Arbeit der Konkurrenz auf diesem Markt zu stellen.

Denn sonst besteht die große Gefahr, dass die skeptischen bis offen antimuslimischen Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber anderen Werten, Überzeugungen und Einstellungen stark an Bedeutung zunehmen und mehr als bisher das Wahl- und sonstige politische Verhalten beeinflussen.

Das ist die Aufgabe des Clearingprojekts, der wir im Berichtszeitraum durch die Beantwortung von monatlich etwa 100 Anfragen (Informationsanfragen, Hintergrundgespräche mit Journalisten, Vermittlung in konkreten Konfliktfällen) gerecht geworden sind. Themenfelder will ich Ihnen gerne kurz nennen:

- Schulalltag (Klassenfahrten, Sport- und Schwimmunterricht, Leistungsschwäche während der Fastenzeit, Einbindung muslimischer Feiertage in den Schulalltag)
- Fragen zur Einbindung der Interessen von Muslimen in die Arbeitswelt (Gebetsräume, Dienstplangestaltung)
- Beziehungsfragen (religiöse Erziehung der Kinder nach der Trennung einer gemischt-religiösen Ehe, Scheidungsrecht, Mehrehe, Zwangsverheiratungen)
- Das muslimische Kopftuch in der Schule, in Behörden, Universitäten, in der Arbeitswelt oder in der Öffentlichkeit, Frage der Ganzkörperverschleierung.

Auf zwei Herausforderungen und damit verbundene Arbeitsschwerpunkte will ich im Folgenden ausführlicher eingehen:

Herausforderung 1:

Das Islambild der gesellschaftlichen Wirklichkeit anpassen

An kaum einem Punkt ist das problematische Auseinanderklaffen zwischen dem verbreiteten Islambild und Wirklichkeit so deutlich geworden, wie in der vergangenen Woche, als Bundesfamilienministerin Schröder im Vorfeld der Veröffentlichungen von zwei Studien zu „Rollenbildern und Gewaltphänomenen bei jungen Muslimen“ erklärte, es gebe unzweifelhaft eine gewaltverherrlichende Machokultur unter jungen Muslimen, der nicht zuletzt auch Ausdruck eines relevanten Zusammenhangs zwischen Religiosität, Machonormen und Gewaltgeneigtheit sei. Allein: Die beiden an diesem Tag veröffentlichten Studien lassen – auch nach Überzeugung der Autor/innen – diesen Schluss überhaupt nicht zu.

Das ist symptomatisch: Zu viele glauben, über den Islam und die Muslime etwas zu wissen und richten ihr Handeln danach aus. Zwei besonders berühmt gewordene Fälle will ich kurz nennen:

- „Ein Muslim spült nicht ab“: Die Gothaer Versicherung lehnt den Antrag eines verheirateten muslimischen Unfallopfers auf eine Haushaltshilfe mit Verweis auf Sure 4,34 ab: "Die traditionelle Ehe wird in der Regel nicht als Partnerschaft verstanden; sie dient der Gemeinschaft. Es kann also nicht vom Vorbild der deutschen Ehe ausgegangen werden, wo sich die Eheleute den Haushalt teilen. Nach dem patriarchalen und traditionellen Mannesbild in der muslimischen Ehe führt der Ehemann nicht den Haushalt." (2010)

- Eine Frau, die in der Ehe geschlagen wird, muss lt. Urteil des AG Frankfurt am Main das Trennungsjahr durchstehen, weil die Züchtigung von Frauen im Koran vorgesehen ist und beide Partner aus dem marokkanischen Kulturkreis kommen. Für diesen Kulturkreis, so die Richterin, sei es nicht unüblich, dass der Mann gegenüber der Frau ein Züchtigungsrecht ausübt. Hiermit musste die Frau rechnen, als sie den Mann geheiratet hat. Die Ausübung des Züchtigungsrechts stellt damit keine unzumutbare Härte da. (2007)

Es sind nicht nur diese zwischenzeitlich korrigierten Stilblüten, die aus dem verfälschten Islambild resultieren. Vielmehr ist es auch verantwortlich für alltägliche Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von Muslimen z.B. auf dem Arbeitsmarkt oder für die Ausgestaltung von Politik (z.B. Ehegattennachzug, eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ehegatten).

Wir haben uns im Clearingprojekt dieser Herausforderung, das Islambild an die Wirklichkeit anzugleichen, durch die alltägliche Beantwortung und Bearbeitung von Informationsanfragen und Eingaben und durch die Mitwirkung an Veranstaltungen und Veranstaltungskonzepten gestellt, mit denen die Debatte über das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen versachlicht werden soll.

Wir haben aber auch z.B. mit der Erarbeitung einer Veröffentlichung zur gesellschaftlichen Benachteiligung muslimischer Frauen in der Gesellschaft hierzu im Berichtszeitraum einen Beitrag geleistet. Sie trägt den Titel „Starke Frauen – schwerer Weg“ und liegt hier aus.

Exkurs: Starke Frauen – schwerer Weg!

Ausgangspunkt für die Bildung einer Arbeitsgruppe „Muslimische Frauen“ im Clearingprojekt war die Problemanzeige mehrerer Hochschulprofessorinnen, die uns darauf hinwiesen, dass das Prinzip „Bildung zahlt sich aus“ für viele ihrer muslimischen Studentinnen mit und ohne Kopftuch nicht gilt. Für sie gebe es trotz guten Studienerfolgen und hoher Leistungsbereitschaft kaum Praktikumsplätze, kaum Referendarstellen und extreme Probleme beim Übergang vom Studium in den Beruf.

Wir haben kurz darüber nachgedacht, ob wir diesen Hinweisen nachgehen oder sie ignorieren sollen, weil – ich zitiere sinngemäß – *„Diskriminierung als Grund für die mangelhaften Erfolge der muslimischen Migranten im Bildungs- und Beschäftigungssystem ausscheidet, weil andere Migrantengruppen, die - aus Fernost oder Indien kommend - eher noch fremdartiger aussehen als Türken und Araber, teilweise sogar besser abschneiden als die Deutschen“*.

Wir haben diesen schlichten Gedanken eines ehemaligen Mitglieds des Vorstands des Deutschen Bundesbank dann doch verworfen und in der Arbeitsgruppe Studien und Erfahrungsberichte über und von Frauen ausgewertet, denen z.B. wegen eines türkischen oder arabischen Namen die Eigenschaft „Muslima“ zugeschrieben wird oder die sich z.B. durch das Tragen des Kopftuchs oder durch Angabe der Religionszugehörigkeit in Bewerbungs- und Auswahlverfahren als Muslima ausweisen.

Dabei haben wir u.a. herausgefunden:

- Bei gleicher schulischer Leistung erhalten Mädchen mit einer muslimischen Migrationsgeschichte seltener die Empfehlung für eine weiterführende Schule.

- Für muslimische Mädchen ist es oftmals schwierig, eine weiterführende Schule zu finden, die sie aufnimmt.
- Ob mit oder ohne Kopftuch: Muslimische Frauen werden bei gleicher Qualifikation seltener zu Bewerbungsgesprächen eingeladen und bekommen im Anschluss an ein Bewerbungsgespräch seltener die Praktikumsstelle, Referendarstelle)
- Die Ausgrenzungserfahrungen nehmen zu, wenn die Betroffenen ein Kopftuch tragen. Das geht soweit, dass Mitarbeiterinnen – z.B. im Gesundheitsbereich – gekündigt oder an Stellen versetzt werden, an denen sie keinen Publikumsverkehr mehr haben.

Wir haben in einem weiteren Schritt über Ursachen für diese Ungleichbehandlung nachgedacht und sind auch hier zunächst auf Zuschreibungen und Stereotype gestoßen, die zu Benachteiligung führen (Muslimische Frau → Unemanzipiert → Schwieriger Balanceakt zwischen Beruf und Familie → Fertilitätsrate und anderes).

Darüber hinaus

- ist muslimischen Frauen mit Kopftuch aufgrund der dortigen sogenannten Neutralitätsgesetze in verschiedenen Bundesländern der Zugang zu verschiedenen Berufen (Lehramt, Rechtspflege, Finanzwesen) verschlossen.
- Haben diese Neutralitätsgesetze dazu geführt, dass kopftuchtragende Frauen auch bei der Vergabe von Arbeitsstellen außerhalb des Staatsdienstes benachteiligt werden. Das Motto lautet: Wenn der Staat das darf, darf ich das auch
- ist über die im AGG festgeschriebene Kirchenklausel der Weg für muslimische Frauen z.B. in die oft bei kirchlichen Trägern verankerte Beratungs-, Pflege-, Betreuungs- oder Erziehungsarbeit schwierig.

Und wir haben abschließend Strategien und Konzepte skizziert, mit denen diese Situation verbessert werden kann. Dabei geht es insbesondere darum,

- Anlaufstellen zu schaffen, an die muslimische Frauen sich wenden können, wenn sie Diskriminierungserfahrungen machen und die Studien erarbeiten, die sich mit der Situation muslimischer Frauen wissenschaftlich auseinandersetzen;
- die Betroffenen dazu zu ermutigen, die Instrumente zu nutzen, mit denen man sich gegen Diskriminierung wehren kann, z.B. das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Diese Gesetze und ihre Inhalte müssen an die potentiellen Opfer von Diskriminierung herangetragen werden und
- die Öffentlichkeit und sogenannte Entscheider über die Problematik zu informieren und sie hierfür zu sensibilisieren. Denn vielen Arbeitgebern beispielsweise ist die Situation muslimischer Frauen nicht bewusst. Sie kann und muss man darauf hinweisen, dass es hier Potentiale gibt, die genutzt werden sollten.

Hiermit haben wir mit bescheidenem Erfolg begonnen. Immerhin ist es uns seit September dieses Jahres gelungen, dass ein gemeinnütziger Verein, eine Hochschule und ein mittelständisches Unternehmen seine Ausschreibungen für Praktikumsplätze auch in Verteiler muslimischer Studierender eingespeist und ausdrücklich darauf hingewiesen hat, den Bewerbungen qualifizierter Muslime offen gegenüber zu stehen. Diesen Weg möchten wir zukünftig gerne weitergehen.

Herausforderung 2:

Die Grenze zwischen Kritik und Ressentiment benennen

Im Nachgang des Ende November 2009 durch eine Volksabstimmung beschlossenen Minarettverbots in der Schweiz ist Anfang 2010 insbesondere in den Printmedien eine umfassende Debatte über die Qualität und Auswirkungen der Debatte um den Islam und die Muslime in der Bundesrepublik Deutschland entbrannt. Zentraler Streitpunkt war die Frage nach dem Grenzverlauf zwischen legitimer und sachlich fundierter Kritik einerseits und der Formulierung diffuser bis offen rassistischer Ressentiments andererseits. Diese grundsätzlich sicher sinnvolle und richtige Debatte sachlich zu begleiten, war im Jahr 2010 eine weitere Herausforderung, der sich das Clearingprojekt u.a. durch folgende Aktivitäten gestellt hat:

- Mitwirkung an einer gemeinsamen Erklärung von Interkulturellem Rat, PRO ASYL und Deutschem Gewerkschaftsbund zum Internationalen Tag gegen Rassismus: Die Erklärung, die ausliegt, und von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – u.a. Günter Grass, Prof. Dr. Süßmuth, Navid Kermani, Hilal Sezgin Prof. Wolfgang Benz - mitgetragen wurde, weist darauf hin, dass Rechtspopulisten und Rechtsextremisten sich die ablehnenden Einstellungen gegenüber Muslimen zunutze machen, um für ihre demokratiefeindlichen Zwecke zu mobilisieren. Sie hat vielfach Beachtung gefunden und ist insbesondere in einschlägigen antimuslimischen Internetblogs zur Kenntnis genommen worden.
- Veröffentlichung einer Presseschau zur „Feuilleton-Debatte“ über „Islamkritik oder antimuslimischer Rassismus“: Im Verlauf der erwähnten Debatte wurden verschiedene Dimensionen und Fragestellungen eingehender thematisiert. Dabei ging es insbesondere um die Auswirkungen der kontroversen Diskussion um das Zusammenleben mit Muslimen auf Integrationsprozesse und gesellschaftlichen Frieden, um die Frage der Vergleichbarkeit von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, um eine feministische Perspektive auf den Islam und um offenkundig islamfeindliche und rassistische Bestrebungen und Bewegungen im Internet und in rechtspopulistischen Bewegungen. Im Rahmen der Presseschau haben wir Abschriften relevanter Debattenbeiträge in regionalen und überregionalen Tageszeitungen, in Wochenzeitungen, im Rundfunk und im Internet zusammengetragen und nach Themenbereichen und Erscheinungsdatum geordnet. Ziel der Veröffentlichung war es, zur weiteren Versachlichung einer notwendigen Debatte und zur weiteren Verbesserung des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen in Deutschland beizutragen.

Damit will und muss ich meinen „Sachbericht“ bewenden lassen. Erlauben Sie mir ein kurzes Fazit, bei dem ich auf die 40-Prozent-Gruppe zurückkommen möchte, die ich heute schon mehrmals erwähnt habe:

Ich denke, die demokratischen Parteien wären gut beraten, wenn sie sich auf dem Markt, den sie darstellt, antizyklisch verhalten und - statt verbreitete Ressentiments zu bedienen – zur Kenntnis nehmen würden, dass mittel- und langfristige Entwicklungen dazu beitragen können und werden, antimuslimische und antiislamische Einstellungen zu verringern:

- In den Kommunen vor Ort gibt es eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, in denen Begegnung, Gespräch und Austausch gepflegt wird. Das konkrete Zusammenleben vor Ort ist vielfach besser als die Stimmungslage.

- Angst und Skepsis gegenüber und Ablehnung von Muslimen ist nicht ausschließlich, aber vorwiegend, ein Thema für die „ältere Generation“. Insbesondere in den Städten wachsen muslimische und nichtmuslimische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationsgeschichte vielfach gemeinsam und ohne nennenswerte, der Religionszugehörigkeit zuzuschreibende, Konflikte auf.
- Die Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik Deutschland ändert sich nach Einschätzung von Arbeitsmarktexperten in den nächsten Jahren dramatisch. Vollbeschäftigung ist nach Auffassung z.B. des Vorstandsmitglieds der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, keine Utopie mehr. Damit wird der Arbeitsmarkt – unabhängig von der Qualität der Beschäftigungsverhältnisse – seine Integrationsfunktion wieder sehr viel stärker ausfüllen als in den zurückliegenden Jahren hoher Arbeitslosigkeit. Muslime und Nichtmuslime werden sich in der Arbeitswelt mehr als bisher begegnen und mehr als bisher als Kollege/Kollegin zusammenarbeiten.

Ich hoffe und werbe dafür, dass die demokratischen Parteien die richtigen Schlüsse aus diesen Entwicklungen und aus der Tatsache ziehen, dass in dem globalen Rekrutierungswettbewerb - der zur Sicherung der sozialen System und dem Erhalt der Wirtschaftskraft notwendig sein wird - nicht deshalb auf die besten Köpfe verzichtet werden kann, weil sie muslimischen Glaubens sind oder aus einem islamisch geprägten Land kommen.

Ob ich – das als Ausblick zum Schluss – im Rahmen eines Folgeprojektes hierfür werben kann oder nicht, das steht zur Zeit noch in den Sternen. Denn das Clearingprojekt in seiner bisherigen Struktur endet mit Ablauf der Förderung durch den Europäischen Integrationsfonds zum 31. Dezember 2010. Wir haben im Rahmen des EIF ein auf den bisherigen Erfahrungen aufbauendes Folgeprojekt beantragt. Eine Entscheidung ist nicht vor Ende des Jahres zu erwarten. Unabhängig davon, wie sie getroffen werden wird: Wir werden in welcher Form und mit welchem Projekt auch immer weiterarbeiten und uns nicht entmutigen lassen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.